

Oberschlesische Zeitung

Das Volksblatt für Stadt und Land

Einzelnummer 140000 M

Erscheint wöchentlich, Bezugspreis Ausgabe A mit illustrierter Beilage wöchentlich 800000 Mark, Ausgabe B ohne illustrierte Beilage wöchentlich 800000 Mark, Anzeigengebühr: Vorkantonsgebühren: Die

Redaktions-Zentrum: Deutzen 459

Pro fide et patria

Geschäftsstellen-Zentrum: Deutzen 56

10 spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 40000 Mark, Oberflächentext 60000 Mark, Überschrift 60000 Mark, Beilagezeile 100000 Mark, Redaktion und Geschäftsstelle: Deutzen O.-S., Postfachstraße 9

Berschärfung der Devisen-Notverordnung.

Neueste Nachrichten.

Das stark exponierte deutsche Konsulat in Yokohama ist vollständig zerstört. Von der deutschen Botschaft in Tokio liegen bisher keine Nachrichten vor.

Blättermeldungen aus Wländen besagen, daß der intellektuelle Leiter des Stapp-Büros Dr. Schinger in einer Pension in der Nähe des Wländler Hauptbahnhofs verhaftet wurde.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die zweite Verordnung über die Höchstpreise für die nach der Menge der feuerbaren Beträge bemessenen Gemeindegütersteuern sowie eine Bekanntmachung betreffend Brennstoffverkaufspreise.

Wie den Blättern von zünftiger Seite mitgeteilt wird, liegen von dem deutschen Botschafter in Japan noch keine Nachrichten vor. Von amerikanischer Seite wird mitgeteilt, daß alle Konsulate von Japan nach Ehen über Amerika nicht funktionierten. Sie wurden wahrscheinlich durch das Erdbeben zerstört. Man ist auf Wege über Sibirien und Hongkong-Singapore angewiesen.

Die Reichsbank teilt mit: Der für die Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars betrug gestern 9 700 000 Mark.

Wie die Blätter melden, fanden in der Frage der Umänderung der Zustellung der Beamtengehälter erneut Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit den Vertretern der Länder statt. Auch einzelne Epigonalgesellschaften besprachen gestern noch die Angelegenheit.

Das Reichsfinanzministerium hat die Spitzenorganisationen der Beamten für heute zu einer Besprechung eingeladen, in der den Gewerkschaftsvertretern die endgültigen Beschlüsse der Reichsregierung über die Beamtengehälterfrage mitzuteilen werden sollen.

„Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ wird heute über die Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne und im Laufe der Woche über die Erhöhung der Septemberbezüge der Beamten verhandelt werden.

Wie die B. Z. a. Mittag meldet, betragen in Berlin die Großhandelspreise für Schmalz 2,1 Mill., für Margarine und Talg 1,8 Mill. Mark. Ein Ei kostet im Kleinhandel 300 000 Mark, ein Pfund frisches Rindfleisch wurde im Kleinhandel mit 2,4 Mill., Kalbsbrust mit 2,3 Mill. Mark berechnet. Für Ruch wurde im Großhandel 2,5 bis 3,0 Mill. Mark bezahlt, was einem Kleinverkaufspreis von 4 bis 5 Mill. entspricht. Ähnlich liegen die Preisverhältnisse auf dem Fischmarkt. Die Obst- und Gemüsepreise war reichlich. Butter sah man überhaupt nicht, daher konnte auch keine Preisfestsetzung erfolgen.

12 Millionen Tageslohn in Danzig.

Danzig, 3. September. Der Tageslohn für die Hafenarbeiter ist für die Zeit vom 3. bis 5. September auf 12 Millionen Mark festgelegt worden. Die Frauen erhalten pro Stunde 600 000 Mark Arbeitslohn.

Ein Beamtenkongress in Döbenburg.

Döbenburg, 3. September. Die Verhandlungen wegen Bildung eines parlamentarischen Regierung sind endgültig gescheitert. Die Schwierigkeiten lagen weniger in der Frage, welche Partei das Präsidium stellen soll, als in der Verteilung der Ressorts. Es bleibt nun bei der jetzigen Regierung von Fim-Elein-Weber.

England beobachtet die Hitlerbewegung

London, 3. September. Wie man hört, verfolgt die englische Regierung mit größter Aufmerksamkeit die Vorgänge in Süddeutschland, insbesondere auch die nationalsozialistische Bewegung. Sie hat anlässlich des in Nürnberg abgehaltenen deutschen Tages der Nationalen Sozialisten ihren Berliner Vertreter, Lord v. Dornon, um ausführliche Einzelheiten darüber erlucht.

Berlin, 4. September. Wie der „Tag“ aus gut unterrichteten Kreisen erfahren haben will, beabsichtigt die Reichsregierung eine wesentliche Verschärfung der Devisen-Notverordnung. Man vermutet eine neue Schärfe

Erfassung der Devisen und eventl. auch der Valuta-Effekten. Daß Währungsmaßnahmen größeren Stils, die als Voraussetzung zu solchen Verordnungen ergriffen werden, steht zu erwarten.

Gibt es noch eine Rettung?

In den Erklärungen der leitenden Männer der neuen Regierung hat es nicht an ganz offenen Hinweisen auf den gefährlichen, ja tödlichen Zustand unserer gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse gefehlt. Wir sind endlich über diejenigen Zeiten hinweg, die noch gar nicht lange hinter uns liegen, in denen es verpöblich war, wenn die Presse der Bevölkerung die Wahrheit sagte. Gerade unter der verflochtenen Regierung haben diejenigen, die es für ihre Pflicht hielten, die Öffentlichkeit über den Ernst der Lage aufzuklären, an manchenlei Unannehmlichkeiten mit in Kauf nehmen müssen. Die Unruhe, die auch wir wegen unserer offenen Aussprache an dieser Stelle von so manchen damals hochmütigen, heute aber abgetakelten, aber immer in Bewußtsein einer förmlichen Obsterähnlichkeit sich aufspielenden maßgebenden Persönlichkeiten uns zuzogen, haben wir immer leidlich fern von uns geschoben. Allein das Bewusstsein, daß wir uns immer bei unserer Kritik geirret, und ungelinnert um Günst oder Ungünst des Schicksal erlitten, als es der Regierung Guno ihrer Ideen, Kräfte und Tatkraftigkeit beizulegen war, wenn sie nicht alles daran setzte, eine höchstmögliche Aktivität von innen heraus zu entfalten. Der Kanzler Stresemann hat jetzt in seiner Stuttgarter Rede das in sich gehende Maßregeln angekündigt. Er sprach von der Organisierung der Wehrpflicht und des Bezuges, wie von der Wehrpflicht der Arbeit. Das wäre ganz andere Eingriffe in den Welt notwendig sind, als es bisher zumal in den letzten Steuern zur Anwendung kamen, läßt sich nicht mehr länger verteuern. Alle Erwartungen der Regierung, daß die neuen, und gewiß sehr schweren Steuern hemmend und gewiß sehr beschleunigend durch Unterdrückung des Warenmarktes wirken würden, und daß sie vor allem einen wohlthätigen Einfluß auf die wilde Spekulation an der Börse ausüben könnten, sind jetzt schlagartig vernichtet. Normalerweise hätte man allerdings die Ausnahme sein müssen, daß diese gewaltige Entziehung von Umlaufsmitteln garnicht ohne empfindliche Eingriffe in die Substanz selbst hätten geendet werden können. Es war eine ausgesprochene Absicht der neuen Steuern, die Wert der Waren, Effekten und Devisen zum Wert der Substanz zu veranlassen. Die Verluste ihrer Bestände zur Folge. Nur unter dem Zwang dieser Notwendigkeit erklärten, der Börse einen kleinen Restverschonung zu erlassen, welche durch eine bisher noch nicht abgeleitete Dämpfung abgelöst wurde. Die Selbstlosigkeit an der Börse ist trotz aller Steuern und Abgaben gegenwärtig größer als je, und kaum ja man die verschiedenen Stufen des Publikums, darunter gerade solche, die reichlich mit Börsenspekulation nicht im Einklang in Verbindung gekommen waren, sich wüßten in aller möglichen Weisheit zu verhalten, als es je der Fall war. Das alles zeigt, daß die neuen Steuern noch nicht ausreichten, um das Ziel der Vermehrung eines weiteren Wertes zu erreichen. Will die Regierung Stresemann nicht dem

selben Schicksal verfallen, wie die Regierung Guno, dann wird sie zu ganz anderen Maßnahmen schreiten müssen, die endlich die Verpflichtungen des Bezuges in wirklich wirksamer Weise in die Erscheinung treten lassen.

Dazu gehört in erster Linie die unbedingte Durchführung der neu beschlossenen Steuern, und die wirkliche Wertbeständigmachung aller Steuern. Das ist die Grundlage für die neue Währung, die nur eine Goldmarktwährung im letzten Ziele sein kann, auch wenn aus technischen Gründen für eine Zeit lang in der Übergangsperiode die Papiergeldwährung als Kavalierswährung erhalten bleiben muß. Ferner müssen wir dazu kommen, den Plan der Errichtung einer Goldnotenbank, der schon unter der Regierung Wirth, und zwar auf der Grundlage der damals eingeholten Gutachten der internationalen Sachverständigen eine Rolle gespielt hat, wieder aufzunehmen, und tündlich rasch durchzuführen. Eine solche Goldnotenbank wäre durch Ausgabe von Banknoten, die in Gold gedeckt, also wirklich wertbeständige Zahlungsmittel wären, im Stande, eine der wichtigsten Ursachen des gegenwärtigen Wertesfalles, der verzerrten Wertpapierproduktion ein Ziel zu setzen. Die Golddeckung müßte beschränkt werden, einerseits durch die Herabgabe des restlichen Teiles des Reichsbankgeldes, zum größeren Teile aber durch Herabgabe der Devisen und anderer Vermögensgegenstände aus der privaten Wirtschaft. Auf eine fremde Hilfe haben wir fürs erste nicht zu rechnen. Der Reichswirtschaftsminister hat es aber ausgesprochen, daß gegen eine gewisse Beteiligung internationalen Kapitals bei der Errichtung des Projektes keine Einwendungen bestehen könnten, da eine solche Beteiligung auf den Kredit unserer Volkswirtschaft einwirken würde. Die Goldnoten, die diese Goldnotenbank zu führen hätte, müßten, und auch daran stimmen wir dem Reichswirtschaftsminister bei, „Devisennoten“ sein. Mit dieser Verbindung soll zum Ausdruck gebracht werden, daß auf solche Noten nicht Einzahlungen in Papiermark, sondern ausschließlich in Devisen geleistet werden können. Eine neue Währung, die nur Goldwährung sein kann, ist also das Ziel unserer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Ein Ziel, das indessen sehr rasch, gewissermaßen über Nacht, zu verwirklichen sein muß. Mit der Einführung der neuen Währung würde das gesamte, und immer verdamnisvoller werdende System der Einvernehmenswährung und anderer beseitigt werden, und es würde mit den, die Preisbildung niemals zur Ruhe kommen lassen den Preisventionen und ähnlichen Einrichtungen, der nur aus der Inflationswirtschaft sich erklärenden Gebilde aufstärken.

Hier sind in Eile die Wege zu zeigen, die uns noch Rettung verschaffen können. Aber es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Der Besitz muß in ganz anderer Weise als das bisher der Fall war, in seine Substanz eingreifen, und man muß sich vollkommen klar darüber sein, daß die Errichtung einer neuen Währung ohne die Errichtung neuer, und die Wiederannahme aller Schuldverbindlichkeiten garnicht möglich ist. Wir werden wieder zur Schuldentilgung kommen müssen und die schwere Zeit der schuldentilgung zum Wohle der Häuser, Wirtschaften und Güter, und der von Obligationsschulden befreiten industriellen und gewerblichen Unternehmungen nicht dem am längsten gedauert haben. Gewiß liegt die Stütze der neuen Währung nicht im Staate selber, der keine Mittel von sich aus zur Verfügung stellen kann, die private Wirtschaft, der Besitz im ganzen wird die

Rege Vulkanätigkeit in Japan.

London, 4. September. Zur Erdbebenkatastrophe wird weiter gemeldet: Eine Reihe von Vulkanen ist in anhaltender Tätigkeit. Gestern um 1 Uhr erfolgten in Yokohama mehrere weitere Erdbeben. Ein Duzend Städte sind, wie berichtet, teilweise oder fast vollständig vom Erdbeben verschlungen oder durch Feuersbrunst zerstört. Die letzten Berichterstattungen gaben die Zahl der Toten in Tokio und Yokohama auf 200 000 an. Tokio brennt noch immer. Der hier angestrichelte Vulkan Asaka übersteht dürfte. Die Obdachsolen in Tokio und anderen Städten sind ohne Nahrungsmittel. An der Küste wurde durch die Erdbeben begleitende Sturmflut große Zerstörung angerichtet. Städte wurden weggesperrt und Inseln überflutet. Die heilige Insel Enoshima ist verschlungen. Alle Leuchttürme in der Bucht von Tokio sind unbrauchbar geworden. Infolgedessen ist auch die Schifffahrt sehr gefährdet.

Neues Erdbeben.

Paris, 3. September. Wie das Echo de Paris mitteilt, verzeichnete der Seismograph von Paris in der vergangenen Nacht einen zweiten Erdstoß, der fast ebenso stark war wie der, durch den Tokiohau zerstört wurde.

Namazu zerstört.

Paris, 3. September. Wie das Journal aus Newport meldet ist die Stadt Namazu, 130 Kilometer südöstlich Tokio, die 130 000 Einwohner zählte und kaiserliche Residenz war, nur noch ein Trümmerhaufen.

Der Brand in Tokio gelöscht.

London, 3. September. Reuter meldet, daß man danklosten Nachrichten aus Tokio zufolge dem Feuer Herr geworden sei. Das gesamte Stadtviertel der Arbeiterbevölkerung sei eingeeicht worden.

Ehrhardt in Nürnberg.

Nürnberg, 3. September. Nach aus Berlin hierher gelangten Meldungen soll Kapitänleutnant Ehrhardt sich zum Deutschen Tage nach Nürnberg begeben haben. Nachforschungen der hiesigen Polizei verliefen ergebnislos.

Das übliche Dementi.

Berlin, 3. September. Zu der Nachricht der Daily Mail, daß Vertreter des Comité des Forges zu einer Unterredung mit Himmler eingetroffen seien und auch eine Unterredung mit Stresemann gehabt haben, erlauben die Blätter, daß ein solcher Empfang nicht stattfand. Es wurden keinerlei Personen empfangen, die als Vertreter des Comité des Forges anzusehen seien.

Internationaler Polizeikongress.

Wien, 3. September. Der internationale Polizeikongress wurde in Anwesenheit des Bundeskanzlers und der übrigen Regierungsmitglieder, des Bürgermeisters und vieler Diplomaten, darunter Generalmajor Dr. v. Dittmann als Vertreter der deutschen Staatspolizei, vom Polizeipräsidenten Schuber feierlich eröffnet. Die Begrüßungsansprachen hielten Bundeskanzler Sebel und Vizeminister Kunze.

Paris abgeben müssen. Aber die Wirtschaft wird sich immer wieder vor Augen führen müssen, daß sie ohne den Staat nichts bedeutet, und daß, wie der Reichsanzeiger in Stuttgart zurecht bemerkte, von ihrer Substanz nichts übrig bleibt, wenn die Substanz des Staates nicht erhalten läßt.